

## Vom Mythos zur Erstarrung? Die Grünen-Partei ohne Zukunft?

---

Marie-Luise Weinberger, geb. 1955 in Crailsheim/Baden-Württemberg, Studium der Wirtschafts-, Politik- und Verwaltungswissenschaft in Konstanz und Berlin, lebt und arbeitet als Buchautorin und Wissenschaftsjournalistin in Berlin.

„Politische Utopie muß im Prozeß der Verwirklichung immer den Ort der herrschenden gesellschaftlichen Wirklichkeit suchen“. Wolf-Dieter Narr

Ihr Aufstieg war kometenhaft: mühelos nahmen die Grünen eine Wahlhürde nach der anderen. Und dies, obwohl sie gegen alles waren: gegen Wachstum, gegen Atomkraft, gegen die Industriegesellschaft. Es schien, daß sich immer mehr Bundesbürger der Zivilisationskritik der jungen Protestpartei unkritisch anschließen wollten. Alle machten mit: APO-Opas, frustrierte Hausfrauen, kniebundehoste, heimathebende Naturfreunde, lila Feministinnen, studentische Spontis, Missionare der neuen Innerlichkeit, ehemalige K-Gruppen-Mitglieder mit Weltrevolutionsvisionen, biedere Bauern, Jugendliche und SPD-Aussteiger. So bunt wie dieses Erscheinungsbild ist auch die inhaltliche Ordnung - einzig ist man sich nur über die Grundwerte ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei und sozial. Als „Anti-Parteien-Partei“ mit dem „Standbein“ in den neuen sozialen Bewegungen und dem „Spielbein“ im Parlament formulierte man lediglich Antithesen zur bestehenden Ordnung: statt anonymer Gesellschaft - politikfähige Gemeinschaft; statt Institutionen - Antiinstitutionalismus; statt Professionalisierung - Laienbewegung; statt Parlamentarismus - direkte Demokratie; statt Zentralismus - Basisdemokratie.

Doch der Reiz des Neuen ist dahin. Die Wähler in Nordrhein-Westfalen und im Saarland haben den Grünen verdeutlicht, daß mit fundamentalistischen Überlebensforderungen kein Staat im Staate Bundesrepublik zu machen ist. Die Grünen stehen am Scheideweg. Wird aus der grünen Protest- und Bewegungspartei eine Parlaments- und Programmpartei? Können die Grünen die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen realpolitisch durchsetzen, auch unter dem Zwang zu Kompromissen? Schaffen die Grünen die Reform ihrer eigenen Radikalität - die beschwerliche Reise von der Utopie zur Wirklichkeit?<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> In meinem Buch: Aufbruch zu neuen Ufern? Grün-Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn 1984, vertrete ich die Ansicht, daß die SPD die Impulse der neuen sozialen Bewegungen in eine mehrheitsfähige Reformpolitik umsetzen müsse. Die Grünen seien nicht in der Lage, mehrheitsfähige, alternative Politikkonzepte zu entwickeln.

## Hegemonie- und Innovationsverlust der sozial-liberalen Regierungskoalition und Wertwandel

Die Grünen sind das Ergebnis der Parlamentarisierung der außerparlamentarischen Bewegungen der siebziger Jahre: Umwelt- und Ökologiebewegung, Anti-Kernkraft-Bewegung, Selbsthilfe- und Alternativbewegung, Friedens- und Frauenbewegung. Die grüne Parteigründung korrespondierte mit dem zunehmenden Innovations- und Hegemonieverlust der sozialliberalen Koalition und der damit zusammenhängenden Unfähigkeit, politische Integrationsangebote an die Adresse der neuen Protestbewegungen zu formulieren. Insbesondere die Sozialdemokratie war von zwei Seiten unter Legitimationsdruck geraten: Zum einen wurde der Zielhorizont des ursprünglichen Reformansatzes, von der Demokratisierung der Gesellschaft über die Verbesserung der Lebensqualität und des Umweltschutzes bis hin zur Entspannungspolitik auf dem Hintergrund der ökonomischen Krise und des erforderlichen Krisenmanagements vom jüngeren, besser ausgebildeten Teil der Gesellschaft nur noch als Atom-, Aufrüstungs- und Betonpolitik wahrgenommen. Die vielfältigen Protestbewegungen bildeten sich gerade gegen das sozialdemokratische „Modell Deutschland“ mit seinem vordergründig stabilen gesellschaftlichen Konsens heraus. Zum anderen wurde zunehmend die wirtschaftspolitische Kompetenz der Bundesregierung in Frage gestellt. Nach Erhard Eppler konnte der Bürger vor allem vier Aussagen hören: 1. Ohne Wachstum läuft nichts. 2. Leider haben wir keines. 3. Wir wissen auch nicht, wann wir wieder welches bekommen. 4. Einfach machen läßt es sich nicht.<sup>2</sup>

„Antworten“ auf diese Fragen wurden von den anderen Parteien formuliert: von der konservativ-liberalen „Wendekoalition“ und von den Grünen. Von beiden Gruppen ging auf verunsicherte Anhänger der Sozialdemokratie eine gewisse Anziehungskraft aus. Ein Teil sah durch eine CDU/FDP-Koalition den alten industriellen Wachstumskurs und die weitere Entwicklung der Konsumgesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre gewährleistet; ein anderer Teil sah gerade in den Grünen die geeignete Kraft, diesem Politikmodell Einhalt zu gebieten.

Zur gleichen Zeit ist in der Bundesrepublik - wie in allen entwickelten westlichen Industriegesellschaften - ein Wertewandel zu beobachten. Der amerikanische Soziologe Inglehart stellte in seinem Buch „The silent revolution“ fest, daß „materielle Wertorientierungen“ zunehmend durch „postmaterielle“ ersetzt würden.<sup>3</sup> Als Träger dieser postmateriellen Orientierung macht Inglehart vor allem jene Bevölkerungsgruppen aus, deren Jugend und Adoleszenz in die Prosperität der Nachkriegsgeschichte fiel, die in aller Regel aus den Mittelschichten

<sup>2</sup> Erhard Eppler in: Vorwärts vom 18. 3. 1984. Im folgenden wird oft auf Sekundärliteratur, Originabitate und -quellen der Grünen zurückgegriffen. Der wissenschaftliche Diskussionsstand ist gut dokumentiert in: Das Parlament 27/85 vom 6. 7.1985, S. 15. Die Dokumentation umfaßt die Entwicklung der Grünen bis Mitte 1984.

<sup>3</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: The silent revolution, Princeton 1977; ähnlich auch Klages, Helmut: Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt/New York 1984.

stammen und über ein hohes Bildungsniveau verfügen. Sie bevorzugen statt der Pflicht- und Akzeptanzwerte ihrer Elterngeneration (Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Disziplin usw.) die sogenannten „Selbstverwirklichungswerte“ (Selbstbestimmung und -Verwirklichung, Partizipation, Chancengleichheit, Gleichberechtigung).

Auf parteipolitische Präferenzen übertragen tendiert die materialistische Orientierung mehrheitlich zur CDU, die postmaterialistische zu den Grünen. Letztere rekrutieren ihr Wähler- und Aktivistenpotential, sozialstrukturell gesehen, aus den Sozial- und Dienstleistungsberufen des gebildeten neuen Mittelstandes. Diese „Therapeutokratie“ (Habermas) mit ihrer „white-collar“-Radikalität und Teile der Jugend orientieren sich am sogenannten „Lebensweiseparadigma“. Ausgangspunkt von persönlichem, politischem und gesellschaftlichem Handeln sind dabei die humanen und individuellen Bedürfnisse der Menschen. Zentrale Themenbereiche dieses Paradigmas sind die Begrenzung des industriellen Wachstums, die Ökologie- und Friedensfrage sowie die politische Moral. Demgegenüber gilt für das (alte materialistische) „Verteilungsparadigma“: Herstellung stabiler wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse durch kontinuierliches industrielles Wachstum und Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat.<sup>4</sup> Dieser ökonomisch-etatistischen Perspektive wird ein sozial-kulturelles Emanzipationsprogramm entgegengestellt, das auf selbstverwaltete, kleinräumlich produzierende Einheiten setzt.

Das von den neuen sozialen Bewegungen formulierte „sozial-ökologische Weltbild“ läßt sich in Stichworten wie folgt umreißen:<sup>5</sup>

*Antimodernismus:* Ablehnen der wachstumsorientierten Konsum- und Wegwerfgesellschaft und des technischen Fortschritts als Motor industrieller Entwicklung. Die linke Kapitalismuskritik wird in diesem Zusammenhang durch eine Kritik des Lebensstils der „Mehrheitskultur“ ergänzt.

*Anti-Nuklearismus und Pazifismus:* prinzipielle Gegnerschaft gegen die militärische und friedliche Nutzung von Kernenergie. Grundsätzliche Ablehnung kriegerischer Handlungen und Gewaltfreiheit.

*Dezentralisierung und Basisdemokratie:* grundsätzlicher Vorrang der kleinen Einheit.

*Neue „Betroffenheitskultur“:* Bekenntnis zur Emotion und zum subjektiven Handeln und der Versuch, untereinander gewaltfreie, demokratische, egalitäre und solidarische Umgangsformen zu praktizieren.

4 Vgl. insbesondere Raschke, Joachim: Politik und Wertwandel in westlichen Demokratien, in: aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 36/1980.

5 Vgl. Scherer, Klaus-Jürgen/Vilmar, Fritz: Ökosozialismus, Berlin 1988, S. 34.

## Fundamentalisten, Realpolitiker und Öko-Libertäre

Was wollen nun die Wähler der Grünen? Radikale Systemopposition, Ausstieg aus der Industriegesellschaft, ein neues Benediktinertum, eine Gemeinschaft kleiner Gemeinden mit Rudolf Bahro als Oberguru, die Überwindung des Kapitalismus, den Abschied von der Rationalität und ein neues kosmisches Bewußtsein, damit unsere Kinder wieder vermehrt mit den Naturelementen Feuer, Wasser und Erde vertraut werden, Sex mit Kindern?

Nein, diese und andere Vorstellungen artikulieren zwar Aktivisten der bunten und grünen Szene. Doch die Wähler der Grünen wollen etwas anderes: weniger Atomwaffen, weniger Rüstung, weniger Smog, weniger Umweltverschmutzung, einen gesunden Wald, saubere Luft und sauberes Wasser. Die Wähler der Grünen wollen weniger Flick, mehr Moral in der Politik (die aber nicht mit dem Geist von Bethel verwechselt werden sollte), mehr Liberalität gegenüber den ausländischen Mitbürgern und Minderheiten, Staatsknete für Ökobauern und autonome Frauengruppen. Sie plädieren für eine alternative Sicherheitspolitik. Sie wollen Chancengleichheit für Frauen nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Und ein bißchen Utopie - gemäß den Worten des Liberalen Naumann: „Utopien sind wie Wolken. Ohne sie wird das Land zur Wüste, vertrocknet, schattenlos und tot.“

Die Wahlergebnisse im Saarland und in Nordrhein-Westfalen haben diese Einschätzung untermauert: der Wähler hält offenbar wenig von fundamentalistischen Apokalypsevorstellungen, moralischem Rigorismus gepaart mit Verbotspolitik und Bewegungsmymen. Die meisten Wähler wollen vielmehr realisierbare politische Reformkonzepte; wollen, daß die Realpolitiker bei den Grünen Oberhand und Einfluß gewinnen.<sup>6</sup>

Das sehen die Fundamentalisten freilich anders: Auch nach den niederschmetternden Wahlergebnissen sind sie von der Richtigkeit ihres Konzeptes überzeugt. Zu den Fundamentalisten in der grünen Partei zählen sowohl die Radikalökologen als auch die dogmatischen Ökosozialisten. Für die Radikalökologen ist es fünf vor zwölf - die Apokalypse steht unmittelbar bevor. Ihre Hoffnung besteht darin, daß immer mehr Menschen sich fundamental verweigern, um aus dem Industriesystem auszusteigen. Die dogmatischen Ökosozialisten orientieren sich dagegen an der klassischen Kapitalismuskritik - das alte Rot im neuen, modischen Grün. Bei ihnen dominiert nach wie vor marxistischer Antirevisionismus, die Kritik Rosa Luxemburgs am Reformismus und die Betonung der Eigentumsfrage.<sup>7</sup> Beteiligung an der Macht wird von den Exponenten dieser „Fraktion“ abgelehnt - Systemopposition heißt das alte und neue Schlagwort. Die Radikalität der Ohnmacht wird reformistischer, machbarer Politik vorgezogen: „Wir sind fest davon überzeugt,

---

<sup>6</sup> Vgl. dieselben, S. 63 ff.

<sup>7</sup> Die Ökosozialisten und Radikalökologen finden sich insbesondere in Ballungsgebieten mit APO-Vergangenheit (insbesondere Frankfurt und Hamburg). Sie haben derzeit die Mehrheit im Bundesvorstand der Grünen.

daß auch reformerische Verbesserungen am aussichtsreichsten durchzusetzen sind durch standfeste Opposition, schonungslose Enthüllung und optimale Mobilisierung. Wichtiger ist zu erkennen, daß die sogenannte realpolitische Strategie den Grünen als systemverändernde Kraft jede mittelfristige Perspektive raubt."<sup>8</sup>

Gemäß diesen Vorstellungen sind die Grünen fest in den außerparlamentarischen Bewegungen verankert, beziehen aus diesem Standbein ihre politische Energie. Nur sind de facto große Teile der Umwelt-, Anti-AKW-, Frauen- und Friedensbewegung durch die Grünen aufgesogen und parlamentarisiert worden. So beklagt sich die Bundestagsfraktion in ihrem Rechenschaftsbericht, daß der Druck der Basisaktivisten und Bürgerinitiativen nachgelassen habe. Und noch eine Einsicht liest man: daß das Politikverständnis und die vielbeschworenen Aktivitäten der Basis nicht auf das Bonner Parkett übertragen werden können. Zum Beispiel: „Draußen heißt es, Austritt aus der NATO und Auflösung der Bundeswehr, drinnen wird in zäher Kleinarbeit um die Verringerung des Rüstungsetats gekämpft. Die parlamentarischen Brötchen müssen notgedrungen kleiner gebacken werden im Vergleich zu den Programmgrundsätzen".<sup>9</sup> Diese Realitäten anzuerkennen, damit tun sich die Vertreter der „Reinen Lehre" schwer. Dir Motto: keinen Revisionismus bitte schön.

Für die Vertreter der realpolitischen Richtung heißt die Entwicklungsperspektive der Grünen dagegen: Parlamentarisierung, Bündnis, Kompromiß. Nach ihrer Einsicht kann man nicht ungestraft Wahlen gewinnen, und dann so tun, als ob nichts wäre. Die neuen sozialen Bewegungen sind durch die Grünen ins parlamentarische System integriert worden. Nun muß konsequenterweise der nächste Schritt folgen: Institutionalisierung und Professionalisierung. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit führt zwangsläufig auch zu Konsequenzen in organisationspolitischer Hinsicht: das basisdemokratische Politikmodell muß reformiert werden.<sup>10</sup> Inhaltlich geht es den Realpolitikern um einen „sozialreformerischen Weg in Richtung auf eine ökologische und radikaldemokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung".<sup>11</sup>

Neben den Realpolitikern und Fundamentalisten gibt es bei den Grünen noch eine dritte Strömung: die Ökolibertären. Ihrer Meinung nach können Ökologie und Sozialismus nicht miteinander verbunden werden: „Das sozialistische Projekt kann gar nicht anders als auf weitere Beschleunigung des Fortschritts setzen." Und: „In diesem Sinne ist die vielbesungene Verbindung von Ökologie und Sozialismus in der Tat gefährlich. Denn in ihr täten sich zwei autoritäre Strömungen zusammen: der biologische Ökologismus und der gute alte erziehungsdiktatori-

---

8 Trampert, Rainer/Ebermann, Thomas: Die Zukunft der Grünen, Hamburg 1984, S. 268.

9 tageszeitung (taz) vom 30.11.1985.

10 Fischer, Joschka: Kein grüner Junge, in: TIP, 1/85, S. 64 ff.

11 Ebenda. Fischer prophezeit, daß die Umstrukturierung des Industriesystems nicht ohne Konflikte mit den betroffenen Industrien — insbesondere der chemischen Industrie — ablaufen wird.

sche Jacobinismus der Sozialisten." Eine weitere Feststellung der Ökolibertären lautet: „Zwar gibt es die soziale Frage wirklich, sie ist heute aber ein Folgeproblem des Industrialismus, mithin auch ein Problem zweiter Ordnung.“<sup>12</sup> Bei mehr als zwei Millionen offiziell registrierter Arbeitsloser (plus der „Stillen Reserve“), der Marginalisierung von bedeutenden Teilen der Bevölkerung sowie angesichts der Streichung im Sozialbereich, eine zynische Feststellung. Der ökolibertäre Hoplit-schek fordert, bündnispolitisch eine „klare Koalitionsstrategie gegenüber der CDU und der CSU zu fahren, denn ich sehe nicht immer alles unter dem konservativen oder reaktionären Schirm. Historisch gesehen müssen die Grünen die Rolle der FDP einnehmen.“<sup>13</sup>

Die inhaltlichen Einschätzungen der Ökolibertären beruhen insbesondere auf einer Analyse des Wählerpotentials der Grünen: „Zwar ist die grüne Partei auf organisatorischer Ebene noch ziemlich fest in den Händen von Kadern mit marxistisch-leninistischer Geschichte - ihre Klientel gehört aber zu einem großen Teil eindeutig dem neuen Mittelstand an... Die fundamentaloppositionelle Partei wurde also nicht zuletzt durch das gehobene neue Bürgertum, dem der um konkrete Erfolge eher unbesorgte Radikalismus der szenischen Linken fremd ist, ins Parlament gehievt.“<sup>14</sup>

#### Der Hamburger und Hagener Parteitag oder: künftiger Kurs unklar

Realpolitik oder Fundamentalopposition, Annäherung oder Radikalität gegenüber der SPD - über diese Fragen wurde auf dem Hamburger (und auch kürzlich auf dem Hagener Parteitag) verhandelt. Die Zusammenkünfte waren eher durch Geschäftsordnungsdebatten gekennzeichnet als durch inhaltliche Diskussionen. Das „vernünftige Mittelmaß“, so die „tageszeitung“ und eine seltsame Mischung aus „Kleinkariertheit und Ignoranz“ führte die Regie. In dem vom Bundesvorstand vorgelegten Leitantrag auf dem Hamburger Parteitag findet sich die von Trampert und Ebermann in ihrem Buch die „Zukunft der Grünen“ formulierte Position: „Die Abschaltung der Atommeiler, umfassende industrielle Entgiftungsprogramme und Stilllegungen in der chemischen Industrie und bei industriellen wie auch privaten Verbrennungsprozessen, Entgiftung der Böden und Gewässer, Einleitungsverbote und Verhinderung neuer Techniken in der Betriebssphäre wie der Einsatz der neuen Medien und der Genmanipulation, Abkehr von der heutigen Agrarindustrie, Aufbau von Landschaftsschutz und regional angepaßten Techniken statt großflächiger Betonierungen, Aufbau regionaler Wohn- und Wirtschaftsstrukturen statt mitunter unerträglicher Industrieansiedlungen“.<sup>15</sup> Diese Feststellungen finden sich im Leitantrag als globales Kata-

---

12 Vgl. Die Ökolibertäre Gründungserklärung in: taz vom 7.3.1984.

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. 3.1984.

14 Vgl. Freibeuter, Nr. 15, S. 25.

15 Tamper/Ebermann, a. a. O., S. 275.

Strophenszenario, in Verschwörungstheorien mit Stamokap-Versatzstücken wieder. Dem analysierten Konsens der „Flick-Parteien“ wird die heile grüne Welt entgegengestellt (allerdings mit allerlei Widersprüchlichkeiten): Der Industrie- und Exportstaat Bundesrepublik soll abgebaut, gleichzeitig aber der Wohlfahrtsstaat ausgebaut werden. Einseitige Abrüstung und Blockfreiheit sind ebenso angesagt wie der Abschied vom Auto- und Flugverkehr. Daß dies freilich nicht durchzusetzen ist und deshalb nur „Systemopposition“ übrig bleibt, wissen auch die Protagonisten solcher Einsichten: „Der politisch-programmatische Konsens der Grünen ist unvereinbar mit den Zielen aller herrschenden Parteien, und unsere Ziele sind auch mit der klügsten parlamentarischen Taktik nicht erreichbar, auch nicht in der Tendenz“.<sup>16</sup> So bleiben Revolutionsillusionen wie auch Zusammenbruchserwartungen wohl die letzte Konsequenz und Hoffnung.

Das von Ebermann und Trampert entwickelte „realistische Konzept für eine radikale Partei“ dürfte in studentischen und szenischen Subkulturen mehrheitsfähig sein, nicht aber bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung, die das industriell-kapitalistische System akzeptiert, auf die Lernfähigkeit der etablierten Parteien setzt und die Legitimität des politischen Systems anerkennt. Mit dem im Leitantrag formulierten Weltbild läßt sich nur im politischen Ghetto leben. Ein ähnlicher fundamentalistischer Cocktail wurde auch bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen gemixt. Die Grünen diktierten den etablierten Parteien, allen voran der SPD, ihre „Überlebensforderungen“: Ausstieg aus der Kernenergie, mittelfristiger Abschied von der Braunkohle, Entgiftungsprogramme, Verzicht auf neue Techniken (z.B. Verkabelung). All dies wurde mit grüner „Dialektik“ gepaart: Reformpartei will man sein - gleichzeitig aber grundsätzliche Systemopposition betreiben. Und man pflegt die Bewegungskontinuitätstheorie und die Spielbein-Standbein-Theorie. Eine solche grüne „Programmatische“ läßt sich nicht ernsthaft auf die politische Realität ein.

Gegen die Reste des alten Transformationsparadigmas, das davon ausgeht, daß nur die Totalität gesellschaftlicher Umwälzungen ein besseres Gemeinwesen schaffe und daher kleine Veränderungen nur systemstabilisierendes Flickwerk darstellen, wenden sich die Realpolitiker. In ihrem Leitantrag war zu lesen: „Eine Politik ökologischer Reformen weiß von der Notwendigkeit der Industrie- und Abschreckungssysteme, sie weiß aber auch, daß die großen und fundamentalistischen Revolutionsverheißungen Illusionen sind und bleiben“.<sup>17</sup> Für alle aus der Zweidrittel-CDU-Ellenbogengesellschaft Ausgegrenzten sei ein rot-grünes Bündnis „Hoffnungsträger geworden, denn ohne parlamentarische Mehrheiten wird der Sozialbau nicht aufzuhalten sein“.<sup>18</sup> In klarer Einschätzung der Realität stellen die „Realos“ fest: „Das notwendige Programm zur Entgiftung ist durch die

---

<sup>16</sup> dies., S. 273.

<sup>17</sup> taz vom 6.12.1984.

<sup>18</sup> Ebenda.

Parteien CDU, SPD und FDP genausowenig zu erreichen wie durch die permanente Beschwörung der Apokalypse".<sup>19</sup> Auch im Bereich der Außenpolitik haben die Antragsteller Schily, Fischer, Schoppe und Kleinert eigene Vorstellungen—die simple Forderung „Austritt aus der NATO" ist ihrer Meinung nach verkürzt. „Wenn wir ohne Rüstung leben wollen, müssen wir die konkreten Schritte dorthin beschreiben".<sup>20</sup>

Dissens zwischen beiden Gruppierungen (die sich innerparteilich bislang in ihrer Stärke noch die Waage halten) gibt es insbesondere hinsichtlich ihrer Einschätzung über die Bündnismöglichkeiten mit der SPD. Für die Fundamentalisten geht mit der SPD nichts. „Mit seiner (gemeint ist Oskar Lafontaine, M-L.W.) Partei werden wir weder das Waldsterben noch irgendwelche anderen Folgen für die Böden und Gewässer abfangen, weil die SPD mit den Ursachen darüber verschworen ist". Deshalb keine Koalition, keine Tolerierung: Den „Weg zur grundsätzlichen Systemopposition, zu dem wir mit unserer Gründung angetreten waren, fortsetzen und ausbauen".<sup>21</sup>

Auf beiden Parteitag stand das Verhältnis zu den Sozialdemokraten auf der Tagesordnung. Doch weder die alternativen Sonthofen-Strategen noch die Befürworter einer rot-grünen Koalition konnten sich durchsetzen. Man einigte sich auf einen - alle Optionen offenlassenden - Formelkompromiß. Auch alle anderen strittigen Fragen (inhaltliche Weiterentwicklung, Abschied vom Rotationsprinzip) wurden vertagt. Ganz wie bei einer etablierten Partei soll dies erst einmal in Kommissionen diskutiert werden. So hat grüne Politik auch in Zukunft zwei Dimensionen: Sonnabends und sonntags sind die Grünen ein politischer Orden, bei dem auf Parteitag von Schwarmgeistern und Apokalypsebeschwörern in Latzhosen und Grobgestricktem radikale Zivilisationskritik geübt wird. Montags bis freitags dagegen die alltägliche Kärnerarbeit in den Parlamenten, die von säkularisierten Bewegungsaktivisten getan wird.

Realos, Fundis und Ökolibertäre - Wie halten sie es mit den Gewerkschaften?

Auch zum Thema Gewerkschaften/Grüne gibt es keine einheitliche Meinung bei den drei Strömungen. Die Realpolitiker sprechen sich für eine Kooperation aus; eigens zu diesem Zweck wurde bei der Bundestagsfraktion eine Arbeitsgruppe Gewerkschaften/Grüne eingerichtet. Die Fundamentalisten und Ökolibertären dagegen stehen den Gewerkschaften eher skeptisch gegenüber.<sup>22</sup> Exemplarisch für die verschiedenen Einschätzungen der Grünen, was gewerkschaftliche

---

<sup>19</sup> Ebenda.

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> Vgl. Leitantrag des Bundesvorstandes der Grünen zum Hamburger Parteitag, S. 8.

<sup>22</sup> Vgl. Trampert/Ebermann, die in ihrem Kapitel „Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegungen" kräftig und hämisch auf Sozialdemokraten und Gewerkschaften einschlagen und die neuen sozialen Bewegungen zum „einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes" hochstilisieren, a. a. O., S. 116 ff.



Belange betrifft, ist die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche. Für einen profilierten Ökolibertären, den Lektor Thomas Schmid, ist die Forderung nach 35 Stunden Regelarbeitszeit für alle „zum Erbarmen unzeitgemäß“.<sup>23</sup> Auch der Autoritarismus der Gewerkschaften wird gegeißelt. Ein Sieg der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, käme einer Niederlage gleich, „denn er wäre ein Diktat gewesen - das Diktat generalisierender, zentralistischer Arbeitszeitregelungen gegen den Wunsch der Basis nach mehr individueller Zeitsouveränität“.<sup>24</sup>

In einem Punkt macht Thomas Schmid's Argumentation nachdenklich: Die Gewerkschaften können sich nicht länger - aus organisationspolitischen Gründen - Flexibilisierungsstrategien verschließen. In einem gerade erschienenen Bändchen „Das Ende der starren Zeit“ schreibt er: „Die Gewerkschaften betonen gerne, daß sie keine Weltanschauungsbünde seien, sondern für konkrete Interessen kämpfen. Dann aber wäre es ihre Aufgabe, nach Wegen zu suchen, wie neue Bedürfnisse ihrer Klientel so durchgesetzt werden können, daß das nicht auf eine Schwächung der kollektiven Verhandlungsposition hinausläuft. Noch kapitulieren die Gewerkschaften in ihrer Mehrzahl vor dieser historisch neuen Frage: Wie ist die kollektive Absicherung individueller Bedürfnisse möglich?“<sup>25</sup>

Auch ein Mitbegründer der alternativen „tageszeitung“ nannte den Kampf um die 35-Stunden-Wochen in Krisenzeiten eine „selbstmörderische Dummheit“.<sup>26</sup> Die Realpolitiker über solche ideologische Kurzsichtigkeit: „Der Kampf um die 35-Stunden-Woche birgt eine Qualität, die man nicht übersehen sollte. Zum ersten Mal wird hier versucht, den gesellschaftlichen Strukturwandel von unten her zu definieren und zu bestimmen... Was jetzt gefragt ist gegen den politischen Streik von oben wäre ein Aktionsbündnis von Gewerkschafts- und Protestbewegungen.“<sup>27</sup> Die Frage nach der 35-Stunden-Woche ist im grünen Diskussionsprozeß eng verbunden mit der Zukunft der Erwerbsarbeit. So hört man von grüner Seite, daß die Erwerbsarbeit künftig eine Restgröße darstelle. Zur Reproduktion der allseits entspannten alternativen Persönlichkeit fordert man ein gesetzlich garantiertes Mindesteinkommen für jedermann und ist (ganz hedonistisch) für „Arbeit nach Lust und Laune“. Im NRW-Wahlprogramm war zu lesen, daß „niemand aus wirtschaftlichen Gründen zu Tätigkeiten und in Verhältnisse gezwungen wird, die er ablehnt“, und deswegen ein Mindesteinkommen beziehen muß. Es ist sicherlich sinnvoll, über neue Finanzierungsformen sozialer Absicherung zu diskutieren, zumal die gängigen Instrumente Arbeitsförderungsgesetz und Bundessozialhilfegesetz angesichts der Massenarbeitslosigkeit nur unzureichend greifen. Töricht ist es aber allemal, das „Recht auf Arbeit“, als die ureigenste Forderung der Arbeiterbewegung, in den Orkus der Geschichte zu werfen.

23 Frankfurter Rundschau vom 12. 5.1985.

24 Vgl. Schmid, Thomas: Terra incognita, in: Die Linke neu denken, Berlin 1984, S. 70.

25 Vgl. ders.: Das Ende der starren Zeit-Vorschläge zur flexiblen Arbeitszeit, Berlin 1985, S. 151.

26 Frankfurter Rundschau vom 12. 5.1985.

27 Joschka Fischer: Von der Wende zur Rolle rückwärts, in: Pflasterstrand 183, S. 16.

Denn solange es Erwerbsarbeit gibt, muß jeder, der will, an ihr seinen gerechten Anteil haben.

Als Bündnispartner zur Durchsetzung eines Mindesteinkommens setzt man auf „aufgeklärte“ „Späth“-Kapitalisten und Unternehmer: „Des Produktionsfriedens wegen würden sie das Mindesteinkommen herausrücken - nicht zuletzt auch deswegen, weil das eine Schwächung des anderen Sozialpartners, der Gewerkschaften, zur Folge hätte: die Unternehmer behalten die immer profitträchtigere Maschinerie, die Gewerkschaften aber verlieren an Klientel“.<sup>28</sup> Teilen der Grünen scheint - wie den Konservativen auch - an einer Schwächung der Gewerkschaften gelegen. Gegen diese gewerkschaftsfeindlichen Träumereien sind deutliche Distanzierungen unabdingbar, wenn ein Dialog nicht von vorneherein desavouiert werden soll. Ebenso wenig ist die ab und an geäußerte Vorstellung von Grünen zu tolerieren, daß die soziale Frage etwa schon gelöst sei und nunmehr die ökologische vorrangig ist. Solche Vorstellungen sind nur als reaktionär zu bezeichnen.

Gewerkschaften und Grüne - Zwei Königskinder, die nicht zueinander kommen?

Gewerkschaften und Grüne tun sich schwer miteinander. Der Hauptgrund sind unterschiedliche Ansätze: Die Gewerkschaften beschäftigen sich vorrangig mit dem Produktions- und Dienstleistungsbereich. Primärer Gegenstand grüner Politik dagegen ist nicht die Arbeits-, sondern die Lebenswelt. Den Grünen geht es nicht um Werte des „Habens“, sondern um Werte des „Seins“ und um Fragen der „Grammatik von Lebensformen“. Habermas differenziert in diesem Zusammenhang „zwischen dem Zentrum der am Produktionsprozeß unmittelbar beteiligten Schichten, die ein Interesse daran haben, das kapitalistische Wachstum als Grundlage des sozialstaatlichen Kompromisses zu verteidigen und einer bunt zusammengewürfelten Peripheria auf der anderen Seite“.<sup>29</sup> Deswegen, so Habermas, sind Integrationsstrategien, die sich an Habenwerten orientieren, für die neuen sozialen Protestbewegungen erfolglos. Auch Oskar Negt beobachtet die Entstehung von zwei Realitäten in unserer Gesellschaft: Unterschiedliche Erfahrungen, Wahrnehmungen, moralische Kategorien, Denkansätze, Sinndeutungen individueller und gesellschaftlicher Existenz scheinen zu unversöhnlichen gesellschaftlichen Gegensätzen zu führen.<sup>30</sup>

In der Tat: Zwischen dem Stahlkocher bei Hoesch, engagierter Betriebsrat, stolzer Besitzer eines Mittelklassewagens, in einer Sozialwohnung mit altdeutscher Schrankwand wohnend, Mitglied im Taubenzüchterverein und dem Lehrer, der in einem alternativen Projekt ausländische Jugendliche betreut und in einer spartanisch eingerichteten Wohngemeinschaft lebt und jeglichen Konsum

---

28 Schmid, Thomas: Befreiung von falscher Arbeit, Berlin 1984, S. 15.

29 Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt 1981, S. 577.

30 Negt, Oskar: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit, Frankfurt 1984, S. 66 ff.

ablehnt, scheint es kaum Gemeinsamkeiten zu geben. Hier der Facharbeiter, der protestantischen Arbeitsethik verpflichtet, dort der sich „selbstverwirklichende“ hedonistische Akademiker. Zwischen beiden sozialen Milieus gibt es auch kommunikative Schwierigkeiten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung: „Und bei aller Meinungsvielfalt und Interessendivergenz spielt doch in der Mitgliedschaft und im Funktionärskörper der klassische Arbeitnehmertypus,... den ich... als den traditionalistischen Typus bezeichnen möchte, eine immer noch sehr große Rolle. Wir haben uns ihn idealtypisch als Industriearbeiter vorzustellen, der ein entweder bürgerlichen oder sozialdemokratischen Traditionen entsprechendes positives Verhältnis zum technischen Fortschritt hat, seine Interessen in einer disziplinierten, zentralistischen Gewerkschaftsorganisation am besten aufgehoben sieht und gegenüber Akademikern, besonders linken, ein (manchmal) gesundes Mißtrauen hegt.“<sup>31</sup>

Dieser Typus von Arbeitnehmer tut sich auch schwer mit dem spontanistisch-anarchistischen Element bei den Grünen (genau wie umgekehrt die Grünen - insbesondere die bürgerlichen Ökolibertären - mit diesem Arbeitnehmer-Typus). Doch er gehört der Vergangenheit an. Nach Peter von Oertzen sind gerade die partizipationsfreudigen und gut gebildeten Schichten des Angestelltenbereiches die typischen Arbeitnehmer des Jahres 2020. Er kommt zu dem Schluß: „Die grünwählenden Arbeitnehmer repräsentieren die Verschiebung innerhalb der Arbeitnehmerschaft vom primären und sekundären auf den tertiären und quartären Sektor.“<sup>32</sup> Wahlanalysen untermauern diese Einschätzung. Ihre Aktivistenbasis rekrutieren die Grünen vor allem aus den neuen Mittelschichten der Sozial- und Dienstleistungsbereiche. Und sie sprechen vor allem Nicht-Erwerbstätige an. Schüler, Studenten, Arbeitslose, (Haus-)Frauen, Arbeitslose, Behinderte, Ausländer, ausgegrenzte Randgruppen, alternativ-kulturell Lebende. Neben Jugend ist - ganz wie in der Postmaterialismus-These Ingleharts - der Faktor Bildung zum zweiten zentralen Merkmal der grünen Wähler geworden.“<sup>33</sup>

Die Vertreter von „Dienstleistungsgewerkschaften“ wie ÖTV, GEW und HBV sowie Teile der gewerkschaftlichen Basis tun sich mit den Grünen und deren Inhalte weniger schwer als die klassischen Industriegewerkschaften.<sup>34</sup> Der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, kritisiert vor allem die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Grünen und spricht sich für eine klare Abgrenzung seitens der Gewerkschaften aus.<sup>35</sup> In seiner Eigenschaft als SPD-Bundestagsabgeordneter plädiert er zur Lösung der Zukunftsaufgaben für eine große Koalition.<sup>36</sup>

31 Höhnen, Wilfried: Gewerkschaften contra Ökologie, in: Scherer, Klaus-Jürgen/Vilmar, Fritz, a. a. O., S. 140.

32 Oertzen, Peter von, Zit. nach Janßen, Hans: Grüne und Gewerkschaften, in spw 26/1980, S. 59.

33 Vgl. Scherer, Klaus-Jürgen/Vilmar, Fritz, a. a. O., S. 66.

34 Vgl. Kempe, Martin: Öffnung, Integration, Ausgrenzung: Offizielle Gewerkschaftspolitik und „grüne Herausforderung“, in: Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch, Berlin 1985, S. 65 ff.

35 Vgl. Pressedienst der IG Chemie, Papier, Keramik vom 18.1.1985.

36 Zuletzt in: taz vom 22. 7.1985

Dieter Wunder, Vorsitzender der GEW, artikuliert andere Vorstellungen: Er spricht sich für eine „fruchtbare Auseinandersetzung“ zwischen Gewerkschaften und Grünen aus und konstatiert, daß die Wertvorstellungen der Grünen eine größere Nähe zu gewerkschaftlichen Positionen haben denn zu liberal-konservativen.<sup>37</sup> Eine Mittelposition nimmt Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten, ein: „Wir haben weder das Recht, die Grün-Alternativen zu verteufeln, noch haben sie das Recht, uns zu verteufeln“.<sup>38</sup>

Auch Ernst Breit, der zwar organisationspolitische Kontakte zwischen Gewerkschaften und Grünen ablehnt, gibt sich differenziert: Für ihn ist die Kritik an gesellschaftlichen Fehlentwicklungen seitens der Grünen auch bedeutsam für Arbeitnehmer. Auf Franz-Josef Strauß' Aufforderung, sich von den „grünen Destrukturen dieses Staates“ zu distanzieren, antwortete der DGB-Vorsitzende: „Unsere Gesellschaft wird weniger durch unkonventionelles Auftreten oder spektakuläre Aktionen der Grünen bedroht, als durch Massenarbeitslosigkeit und insbesondere durch Jugendarbeitslosigkeit“. Und: „Zu distanzieren haben wir uns von denen, die dagegen nicht alles in ihrer Macht Stehende tun“.<sup>39</sup>

Über Ernst Breit hinausgehend spricht sich das Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Janßen, für eine Öffnung der Gewerkschaften gegenüber den Grünen aus: „Anerkennung der grünen Partei und Herstellung normaler Beziehungen zu ihr, bei gleichzeitiger Intensivierung sachlicher Diskussionen und Auseinandersetzungen mit ihrer Politik, mit dieser Verhaltensformel können Gewerkschaften auf die wachsende politische Präsenz grün-alternativer Positionen offensiv reagieren... Dadurch könnte der abstrakte Gegensatz zwischen ökologisch-fundamentalistischem Absolutheitsanspruch einerseits und kurzschlüssiger ökonomischer Prioritätensetzung andererseits, der sich heute oft in sterilen Attacken wechselseitig befestigt, erst einmal auf die zweitrangige Rolle zurückgestuft werden, die ihm gebührt.“<sup>40</sup>

### Perspektiven

Gerade diese Position - offener Diskurs gegenüber grünen Inhalten - dürfte richtungsweisend sein. Derzeitige Spekulationen über das Ende der grünen Partei nach den beiden Wahlschlägen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland erscheinen vordergründig und verfrüht. Die Grünen verfügen - und darin sind sich Wahlforscher und Sozialwissenschaftler einig - mittelfristig über ein stabiles Wählerpotential. Die Tu-nix-Politik der konservativ-liberalen Bundesregierung wird künftig die arbeitsmarkt- und umweltpolitischen Probleme noch weiter ver-

---

37 Wunder, Dieter: Die Gewerkschaften - eine Kraft der Vergangenheit? in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1985, S. 68.

38 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 22. 3.1985.

39 taz vom 18.12.1984.

40 Janßen, Hans: Grüne und Gewerkschaften, in: spw 26/1985, S. 60.

schärfen. Dies läßt allemal Raum für eine grüne Protestpartei. Doch erscheint eines schon jetzt sicher: Die Hans-im-Glück-Zeit für die Grünen ist vorüber. Sie stehen am Scheideweg: Wollen sie eine fundamentalistische Zeigefinger-Sekte werden, die moralisch rigorose Verbotspolitik betreibt? Oder entwickeln sie sich zu einer alternativen Volkspartei mit verbindlichen Binnenstrukturen? Die Entwicklung einer politik- und regierungsfähigen Programmatik bleibt das Gebot der Stunde. Bei den unterschiedlichen Konzepten und Strategievorstellungen innerhalb der Grünen ist dies ein schwieriges Unterfangen.<sup>41</sup>

Allem Anschein nach läuft der Trend zugunsten der Realpolitik - die normative Kraft des Faktischen beginnt zu wirken. So dürfte Karl Kautsky wieder einmal recht behalten: „Sind die Verhältnisse so, daß sie revisionistische Stimmungen begünstigen, dann gibt's kein Halten mehr, dann geht die Mehrheit zum Revisionismus über“<sup>42</sup>. Derzeit werden die Grünen mit der berühmten Ironie des Schicksals konfrontiert. Angetreten sind sie als „Notbremse“, um mit einem Bild von Walter Benjamin zu sprechen, die den Zug der Moderne stoppen wollte. Notbremsen kann man bekanntlich lösen - der Zug rollt im Eiltempo auf die dritte industrielle Revolution zu. Unbestritten hat der grüne Protest gegen umweltverschmutzende und -zerstörende Industrien Impulse zu deren ökologischer Modernisierung gegeben. Aus reformpolitischer Sicht haben die Grünen jedoch letztendlich stabilisierend auf das Industriesystem gewirkt.

Für die Gewerkschaften bedeuten grüne Bewegungen, dritte industrielle Revolution und damit einhergehender Wertwandel, Paradigmenwechsel und Individualisierungstendenzen die größten Herausforderungen seit ihrer Entstehung im letzten Jahrhundert. Auch sie stehen am Scheideweg: Sie haben die Wahl zwischen einem technokratischen Bündnis mit dem heutigen Produktions- und Verteilungssystem und einer neuen aktiven Rolle in einer ökologisch orientierten Arbeits- und Industriepolitik der Zukunft, der eine politisch-programmatische Synthese von Arbeits- und Lebenswelt zugrunde liegen muß. Hierzu ist allerdings das Bündnis zwischen „Malochern“ und „Waldläufern“ vonnöten.

---

41 Weit vor der Zeit der Grünen hat die SPD vorgemacht, daß man über einhundert Jahre fundamentalistisch-revolutionäre und reformistische Positionen miteinander vereinigen kann, ohne auseinanderzufallen; erst mit dem Godesberger Programm bekannte sich die SPD eindeutig zum Reformismus.

42 Zitat nach: Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, Bd. 1, Bonn 1984, S. 221.